

Satzung
über die
Entschädigung ehrenamtlich tätiger Bürger
in der
Gemeinde Nordharz

Satzung
über die Entschädigung ehrenamtlich tätiger Bürger in der Gemeinde Nordharz
(Entschädigungssatzung)

Aufgrund der §§ 8 und 30 bis 35 Kommunalverfassungsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt (KVG LSA) vom 17.06.2014 (GVBl. LSA S. 288), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 16. Mai 2024 (GVBl. LSA S. 132) in Verbindung mit der Verordnung über die Entschädigung bei ehrenamtlicher Tätigkeit in den Kommunen (Kommunal-Entschädigungsverordnung – KomEVO) vom 29.05.2019 (GVBl. LSA S.116), zuletzt geändert durch Verordnung zur Änderung der Kommunal-Entschädigungsverordnung vom 12.06.2024 (GVBl. LSA S. 165), jeweils in der derzeit geltenden Fassung, hat der Gemeinderat der Gemeinde Nordharz in seiner Sitzung am 18.12.2024 folgende Entschädigungssatzung beschlossen:

§ 1 Anwendungsbereich

- (1) Diese Satzung regelt die Gewährung von Entschädigungen bei ehrenamtlicher Tätigkeit in der Gemeinde Nordharz, soweit durch Gesetz nichts anderes bestimmt ist.
- (2) Mit der Gewährung einer Aufwandsentschädigung ist der Anspruch auf Ersatz von Auslagen abgegolten. Die Erstattung von Kosten für die Dienstreisen sowie die Erstattung von zusätzlichen Kosten für die Betreuung von Kindern und Pflegebedürftigen bleiben unberührt.

§ 2 Gemeinderat

- (1) Die Mitglieder des Gemeinderates erhalten eine monatliche Aufwandsentschädigung in Höhe von 155,00 €.
- (2) Die Entschädigung wird monatlich als Pauschalbetrag gewährt und ist spätestens am ersten Tag des Folgemonats zu zahlen.
- (3) Wird die ehrenamtliche Tätigkeit länger als 3 Monate unterbrochen, entfällt der Anspruch auf Zahlung.

§ 3 Ortsbürgermeister

- (1) Die Ortsbürgermeister erhalten jeweils eine monatliche pauschale Aufwandsentschädigung. Für die Höhe ist die Einwohnerzahl des Ortsteiles am 30.06.2023 maßgeblich.
- (2) Die Ortsbürgermeister erhalten folgende monatliche Aufwandsentschädigungen:

Nr.	Ortschaft	Betrag
1	Abbenrode	340,00 €
2	Danstedt	230,00 €
3	Heudeber (mit Mulmke)	460,00 €
4	Langeln	340,00 €
5	Schmatzfeld	230,00 €
6	Stapelburg	460,00 €
7	Veckenstedt	460,00 €
8	Wasserleben	460,00 €

(3) Die Entschädigung wird monatlich als Pauschalbetrag gewährt und ist spätestens am ersten Tag des Folgemonats zu zahlen.

(4) Wird die ehrenamtliche Tätigkeit länger als 1 Monat unterbrochen, entfällt der Anspruch auf Zahlung.

§ 4 Ortschaftsräte

(1) Die Mitglieder der Ortschaftsräte erhalten eine monatliche pauschale Aufwandsentschädigung. Für die Höhe ist die Einwohnerzahl des Ortsteiles am 30.06.2023 maßgeblich.

(2) Die Ortschaftsräte erhalten folgende monatliche Aufwandsentschädigungen:

Nr.	Ortschaft	Betrag
1	Abbenrode	38,00 €
2	Danstedt	30,00 €
3	Heudeber (mit Mulmke)	46,00 €
4	Langeln	38,00 €
5	Schmatzfeld	30,00 €
6	Stapelburg	46,00 €
7	Veckenstedt	46,00 €
8	Wasserleben	46,00 €

(3) Die Entschädigung wird monatlich als Pauschalbetrag gewährt und ist spätestens am ersten Tag des Folgemonats zu zahlen.

(4) Wird die ehrenamtliche Tätigkeit länger als 3 Monate unterbrochen, entfällt der Anspruch auf Zahlung.

§ 5 Mitglieder der Feuerwehr

(1) Der Gemeindeführer erhält eine monatliche Aufwandsentschädigung in Höhe von 360,00 €.

- (2) Der stellvertretende Gemeindefeuerwehrleiter erhält eine monatliche Aufwandsentschädigung in Höhe von 210,00 €.
- (3) Der Gemeindejugendfeuerwehrwart erhält eine monatliche Aufwandsentschädigung in Höhe von 123,00 €.
- (4) Der Ortswehrleiter erhält eine monatliche Aufwandsentschädigung in Höhe von 156,00 €.
- (5) Der stellvertretende Ortswehrleiter erhält eine monatliche Aufwandsentschädigung in Höhe von 114,00 €.
- (6) Der Ortsjugendfeuerwehrwart erhält eine monatliche Aufwandsentschädigung in Höhe von 100,00 €.
- (7) Der Verantwortliche für die Kinderfeuerwehr in Ortsfeuerwehren erhält eine monatliche Aufwandsentschädigung in Höhe von 100,00 €.
- (8) Der Gerätewart der Ortsfeuerwehr erhält eine monatliche Aufwandsentschädigung von 96,00 €.
- (9) Die Entschädigung wird monatlich als Pauschalbetrag gewährt und ist spätestens am ersten Tag des Folgemonats zu zahlen.
- (10) Wird die ehrenamtliche Tätigkeit länger als 1 Monat unterbrochen, entfällt der Anspruch auf Zahlung.

§ 6 Verdienstaussfall

- (1) Erwerbstätigen Personen wird der durch die ehrenamtliche Tätigkeit tatsächlich entstandene und nachgewiesene entgangene Arbeitsverdienst ersetzt. Selbständigen wird der durch die ehrenamtliche Tätigkeit entstandene und glaubhaft gemachte Verdienstaussfall ersetzt.
- (2) Der auf den entgangenen Arbeitsverdienst entfallende Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung wird erstattet, soweit dieser zu Lasten des Entschädigungsberechtigten an den Sozialversicherungsträger abgeführt wird. Anstelle eines Ersatzes kann privaten Arbeitgebern das weitergewährte Arbeitsentgelt unmittelbar erstattet werden. § 9 (4) und § 10 (1) des Brandschutz- und Hilfeleistungsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt (BrSchG LSA) bleiben unberührt.
- (3) Erwerbstätigen Personen und Selbständigen, die die Höhe des Verdienstaussfalls nicht nachweisen oder glaubhaft machen können, wird Verdienstaussfall – abweichend von Abs. 1 und 2 - in Form eines pauschalen Stundensatzes in Höhe von 15,00 € ersetzt (Verdienstaussfallpauschale). Der höchstmögliche Tagessatz wird auf 120,00 € begrenzt.

- (4) Personen, die keinen Verdienst haben, denen aber durch die für die ehrenamtliche Tätigkeit aufgewendete Zeit ein Nachteil entsteht, wird eine Pauschale in Höhe von 10,00 €/Stunde gewährt. Der höchstmögliche Tagessatz wird auf 80,00 € begrenzt.
- (5) Der Verdienstausschlag nach den Absätzen 1 bis 4 wird nur auf Antrag gewährt. Der Antrag ist schriftlich unter Beifügung der zur Bearbeitung erforderlichen Unterlagen (insbesondere Einladung, Verdienstausschlagbescheinigung) zu stellen. Die Höhe des Verdienstausschlages ist nachzuweisen. Im Einverständnis zwischen Arbeitgeber und Anspruchsberechtigten erfolgt die Erstattung des Verdienstausschlages an den Arbeitgeber.
- (6) Voraussetzung für die Gewährung von Verdienstausschlag ist, dass die ehrenamtliche Tätigkeit notwendigerweise während der Arbeitszeit des Anspruchsberechtigten erfolgt. Nicht zu diesen Zeiten zählt die allgemeine Vorbereitung, die entsprechend dem ehrenamtlichen Charakter auch außerhalb der Arbeitszeit erledigt werden kann.

§ 7 Sonstiges

- (1) Die Kosten für Dienstreisen sowie die zusätzlichen Kosten für die Betreuung von Kindern und Pflegebedürftigen nach § 1 (2) werden auf Antrag erstattet. Der Antrag ist schriftlich unter Beifügung der zur Bearbeitung erforderlichen Unterlagen (z. B. Rechnungsbelege etc.) zu stellen.
- (2) Die Ansprüche aus dieser Satzung sind nicht übertragbar.

§ 8 Sprachliche Gleichstellung

Personen- und Funktionsbezeichnungen gelten geschlechterneutral.

§ 9 Inkrafttreten

Die Satzung über die Entschädigung ehrenamtlich tätiger Bürger in der Gemeinde Nordharz tritt nach der öffentlichen Bekanntmachung zum 01. Januar 2025 in Kraft. Die Satzung über die Entschädigung ehrenamtlich Tätiger in der Fassung vom 18.11.2020 tritt zum gleichen Zeitpunkt außer Kraft.

Nordharz/OT Veckenstedt, den 18.12.2024


Gerald Fröhlich
Bürgermeister

